

Eine Befragung im Kanton Zürich im Rahmen des Pilotprojekts «Stop Hate» (Februar 2024) hat aufgezeigt, dass jeder dritte gewählte Politiker beziehungsweise jede dritte gewählte Politikerin bereits Hassrede erlebt hat. Eine von vier der betroffenen Personen hat sogar von Androhung von Gewalt (dazu gehören auch die Drohungen gegenüber Nahestehenden) berichtet.

Obwohl eine gewisse – manchmal auch polemische – Streitkultur zur Politik gehört, liegt ebenso auf der Hand, dass Hassnachrichten, Beleidigungen, Beschimpfungen und Drohungen eine ernstzunehmende Gefahr für die Demokratie darstellen: Es kommt immer wieder vor, dass Politiker:innen ihr Amt deswegen niederlegen, oder sich gar nicht erst für eine Kandidatur zur Verfügung stellen. Auch kann es einen Einfluss darauf haben, zu welchen Themen sich Politiker:innen exponieren - und zu welchen auch nicht. Dies trifft insbesondere auch die Politik zu. Eine Zunahme von Hass und Hetze gegen Politiker:innen gefährdet das Milizsystem, weil weniger Menschen bereit sind, ein politisches Amt zu übernehmen.

Hinzu kommt, dass bestimmte Gruppen von Personen, die in der Politik aus strukturellen Gründen untervertreten sind, durch ihr politisches Engagement einem nochmals erhöhten Risiko ausgesetzt sind, zur Zielscheibe von Hass, Beleidigungen oder Drohungen zu werden. Es sind dies in erster Linie Frauen, queere Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte sowie People of Colour. Die Parteien stehen in der Pflicht, ihre Exponent:innen in solchen Situationen zu unterstützen. Doch ist es eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft, die demokratische Partizipation von verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu fördern und Politiker:innen vor Hass, Beleidigungen und Drohungen zu schützen. Die öffentliche Hand steht hier in der Pflicht.

Davon ausgehend, bitten die Unterzeichnenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

1. Welche Daten in unserem Kanton bereits erhoben wurden, welche besagen, wie oft Politiker:innen (z.B. im Kantonsparlament, Bürger:innengemeinderat und Einwohner:innenrat sowie politisch Engagierte in Parteien) der Hassrede, Beleidigungen, Abwertungen oder Drohungen ausgesetzt waren?
 - a. Falls bisher keine Daten erfasst wurden, wie stellt sich die Regierung zu einer statistischen Erfassung von Hassreden, Beleidigungen, Abwertungen oder Drohungen gegenüber Politiker:innen und politisch Engagierten in Parteien in unserem Kanton analog zur Befragung «Benchmark 'Hate Crimes'». Erfassung von potentiellen Hassdelikten durch Polizeikorps in der Schweiz, in Deutschland und in Frankreich?»
2. Wie stellt sich die Regierung zum Anliegen, im Rahmen eines Pilotprojektes, den von Hassrede, Beleidigungen oder Drohungen betroffenen Politiker:innen in unserem Kanton ein digitales Meldeverfahren und eine Anlaufstelle für Beratung anzubieten? Von Hassreden sind nicht nur Parlamentsmitglieder im Grossen Rat, sondern auch Politiker:innen im Bürger:innengemeinderat und Einwohner:innenrat sowie auch andere politisch engagierte Menschen betroffen, die sich in Parteien engagieren.
3. Wie stellt sich die Regierung zum Anliegen, die breite Öffentlichkeit über die negativen Auswirkungen von Hassrede, Beleidigungen, Abwertungen und Drohungen für die Demokratie und über mögliche strafrechtliche Folgen solchen Verhaltens zu informieren?

Amina Trevisan, Alexandra Dill, Beda Baumgartner, Tonja Zürcher, Fleur Weibel,
Melanie Eberhard, Nicola Goepfert, Mahir Kabakci, Johannes Sieber, Zaira Esposito